

57. Jahrgang. Nr. 11.

Sonntag, 12. Januar 1913.

Besitz-Gebühr

Wiederholt für Dresdner bis täglich zweimaliger Ausgabe von Sonn- und Montagen nur einmal 2.50 M., nach ausgedehnter Ausgabe 3.50 M. Bei täglicher Ausgabe erhält die auswärtigen Besitzer mit der Ausgabe-Bürgschaft plakieren. — Nachdruck nur mit deutlicher Kennzeichnung Dresden. — Nachdruck — Ausgabe — Ausgabe — Ausgabe — werden nicht anerkannt.

Dresden Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Telegramm-Adresse:
Nachrichten Dresden.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 58/40.

Bernsprechern:
11 • 2096 • 3601.

Anzeigen-Tarif.
Annahme von Anzeigen
ab 1 Mrd. Sonn- und
Montagsschriften 20 Pf.
11 bis 12 Uhr. Die
empfohlene Abrechnung
ist, sofern es bei
Gemeinschafts-Abrechnungen
aus Dresden 20 Pf.;
die zugesetzte Seite
auf Zeile 70 Pf. die
zweite 150 Pf. Zu
Kommunen nach Sonn-
und Montagsschriften die
empfohlene Abrechnung
25 Pf. Gemeinschafts-
Abrechnungen aus Dres-
den die Grundlage
zu Pf. — Auswärtige
Abrechnung nur gegen
Vorauszahlung.
Zwischen Preisplatzen fallen
10 Pf.

Galerie E. Arnold
34 Schloss-Strasse



Schloss-Strasse 34

**Gemälde C. Hagemeister,
Wilh. Claus, Fritz Gärtner.**

Für eilige Leser.

Prinz Johann Georg stellte heute der Universität Leipzig einen Besuch ab und wohnte einer Sitzung der R. S. Gesellschaft für Wissenschaften bei.

Die Reichstagskommission für den Gesetzesentwurf über Zollleichterungen bei der Fleischerei fuhr nahm die Regierungsvorlage an.

Die feierliche Hissung der österreichisch-ungarischen Konsularflagge in Prag wird in Gegenwart des Konsuls Prochaska am Montag erfolgen.

Rumänien will, nach einer Zeitungsmeldung, sein Heer auf Kriegsfuß stellen, wenn Bulgarien die rumänischen Wünsche nicht binnen 48 Stunden erfüllt; eine amtliche Bekanntmachung liegt bisher nicht vor.

Die griechischen Truppen haben, authentischen Nachrichten folgend, vor Janina schwere Verluste erlitten.

Im Neuen Palais zu Potsdam und im Wittelsbacher Palais zu München fanden heute Brände aus, die jedoch keinen großen Umfang annahmen.

Die vier Mörder, die an dem dreisachen Raubmord in Ortwig beteiligt sind, konnten verhaftet werden.

Die Friedenshoffnungen.

Unbehagen und Misstrauensgefühl herrscht nach wie vor. Niemand weiß, was nun eigentlich werden soll. Eine Pariser Meldung, die wir weiter unten wiedergeben, spricht auch heute davon, daß alle Mächte von der Notwendigkeit durchdrungen seien, daß die Türkei Adrianopel werde aufgeben müssen. In diesem Sinn werden wohl auch die Großmächte in Konstantinopel wirken. Nun bauen sich in Konstantinopel immer größere Schwierigkeiten an. Nicht genug, daß im Innern der Türkei Unruhen entstehen könnten, wenn ungünstige Friedensbedingungen von der Pforte angenommen werden, jetzt kommt noch eine Kabinett-krisse hinzu. Sie in unserem Letzterteil vom Freitag ausgesprochene Ansicht, daß Adrianopel die Urteile werden könnte zu Meinungsverschiedenheiten innerhalb des türkischen Kabinetts, hat sich schneller erfüllt, als man vermuten sollte. Wie bereits einem Teile unserer Presse in der Morgenausgabe gemeldet, haben der Kriegsminister und der Minister des Äußeren, nach einer Unterredung mit dem ottomanischen Oberbefehlshaber ihre Entlassung eingereicht, weil sie einen weiteren Kampf für unnötig halten im Gegensatz zu dem Großwest und den übrigen Ministern. Diese Unzufriedenheit, die sich in Konstantinopel bezüglich einer eventuellen Fortsetzung des Krieges bewebar macht, kann sich gerade in diesen Tagen, in denen die Entscheidung fallen wird, für die Pforte recht unangenehm bewebar machen. Ein einziges und geschlossenes türkisches Ministerium, das weiß, was es will, könnte gerade jetzt den verworrenen Verhältnissen ein schnelles Ende bereiten. Man wird jedenfalls abzuwarten haben, wie die Türkei sich aus den inneren Schwierigkeiten her-

ausheilen und wie sie sich zu dem beabsichtigten Schritt der Großmächte stellen wird. Ganz angebracht wäre es vielleicht gewesen, wenn die Großmächte nicht nur in Konstantinopel, sondern auch beim Balkanbunde zur Nachgiebigkeit geraten hätten oder raten würden. Ein beiderseitiges Entgegenkommen würde dann schnell zum Frieden führen. Unbehagen muss ferner auch die Situation erregen, die augenscheinlich zwischen Rumänen und Bulgaren besteht. Außerdem liegt eine Meldung vor, wonach Rumänien seine Armee auf Kriegsfuß stellen will, wenn Bulgarien die rumänischen Wünsche nicht binnen 48 Stunden erfüllt. Rumänien will eine Regulierung der Grenze, sowie die Festigung der Festungswerke von Silistra, Balchik und Mezidi. Die rumänische Regierung erklärt, es sei zur Sicherheit Rumäniens notwendig, daß diese Festigungswerke niedergelegt werden. Eine Bestätigung dieser Meldung liegt nicht vor, aber die Nachricht illustriert die Revolte allerorten aufs beste. In diesem Zusammenhange wird noch aus Paris gemeldet:

Das neutrale Bureau erfährt aus diplomatischen Kreisen, daß über die Lage eine Misstrauens- und wachsendes Unbehagen herrsche. Es wird betont, daß dies nicht einer bestimmten Entwicklung zugeschrieben sei, sondern zunächst der andauernden Unabhängigkeit in der Haltung der Türkei, ferner den Nachrichten aus Bulgarien, die zu Besorgnissen über die Gefahr von Verwicklungen Anlaß geben, die aus der rumänisch-bulgarischen Situation entstehen könnten. Die Zusammenkunft der Botschafter, die sich am Freitag hauptsächlich mit den in Konstantinopel zu unternehmenden Schritten beschäftigte, zeigte fortwährend von Übereinstimmung. Alle Mächte sind von der Notwendigkeit durchdrungen, daß die Türkei Adrianopel aufzugeben müsse. Es ist beschlossen worden, daß auf die Note, die von den Botschaftern in Konstantinopel vorgelegt werden wird, bald stärkere und entschiedenere Vorstellungen bei der Pforte folgen werden.

Erfreulich ist, daß

die serbische Genugtuung an Österreich

nur endlich gegeben werden wird und dieser Zwischenfall, der die Gemüter im alten Jahr so sehr erregt, endlich aus der Welt gestossen wird. In einer Belgrader Meldung wird gesagt:

Zwischen dem österreichisch-ungarischen Gesandten von Ugron und der serbischen Regierung wurde vereinbart, daß die feierliche Hissung der österreichisch-ungarischen Konsularflagge in Prag am 18. d. M. erfolgt. Dem Gesetz wird Konsul Prochaska in Uniform beobachten. Ein großes Detachement serbischer Truppen unter dem Kommando eines Offiziers wird bei der Hissung der Flagge die vorgeschriebene Ehrenbegleitung leisten. In Mitrovica wird eine vollkommen analoge Salutschüfung in den nächsten Tagen gegeben werden.

Über die

Botschafter- und Friedenskonferenz

wird heute nur folgende Meldung verbreitet, die die Hoffnung auf das erneute Zusammekommen der Friedenskonferenz nicht gänzlich ausschließt:

Am 18. Januar wird eine weitere Zusammenkunft der Botschafter stattfinden. Der nächste Schritt ist die Vorlegung der von den Mächten beschlossenen Kollektivnote in Konstantinopel, die noch vor dem 18. Januar erfolgen dürfte. Über die nächste Zusammenkunft der Friedenskonferenz lädt sich mit Be-

stimtheit nur soviel sagen, daß eine weitere Zusammenkunft nicht unmöglich ist. Die Delegierten der verbündeten Balkanstaaten sind bisher ohne Informationen darüber, daß die türkischen Delegierten abberufen werden sollen. Die Mächte bemühen sich noch, der Türkei ihren guten Rat zu geben. Wenn indessen die türkische Mission abberufen wird, so kann dies nur den Bruch bedeuten.

Die Griechen in Epirus
Sind immer noch latentwütig. Die erste griechische Division erhielt den Befehl, sich für den Anmarsch nach Epirus bereit zu halten. Sie soll in ein bis zwei Tagen zur Einschiffung gelangen. Authentischen Nachrichten zufolge haben die griechischen Truppen vor Janina schwere Verluste erlitten. Auch Tibro wird gemeldet, daß die Serben zwei Kompanien dorthin entsandt haben, um die Truppen zu unterstützen. Die Arnauten hätten die serbischen Truppen umzingelt und fast gänzlich aufgerieben.

Minen im Schwarzen Meer.

Auf Anordnung des bulgarischen Generalstabs wurde die ganze vor der bulgarischen Arme befehlte Küste des Schwarzen Meeres mit Minen versehen.

Die neuesten Drahtberichte lauten:

Die rumänisch-bulgarische Spannung.

Bulgarisch. (Priv.-Tel.) Die rumänisch-bulgarische Spannung ist in ein erstes Stadium getreten. Bulgarien ist nur gewillt, einen kleinen Streifen Landes südlich der Dobrudscha abzutreten. Rumänien verlangt dagegen energisch die Erfüllung seiner gesetzten Forderungen. Die Haltung Russlands ist noch unsicher. Ein Minister erklärte in öffentlicher Versammlung, daß im Falle eines Krieges eine nationale, aus allen Partien zusammengesetzte Regierung ans Ruder kommen werde.

Bukarest. In diesen informierten Kreisen ist man geneigt, in der amtlichen Mitteilung der bulgarischen Regierung an Rumänien, daß Dr. Danew beantragt sei, die unterbrochenen Verhandlungen mit dem Gouvernement wieder aufzunehmen, das Seelen einer gewissen Entspannung zu erblicken.

Neueste Drahtmeldungen

vom 11. Januar

Die Zollleichterungen bei der Fleischerei.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Reichstagskommission für den Gesetzesentwurf über Zollleichterungen bei der Fleischerei führte heute ihre Beratungen zu Ende. Das Ergebnis war die Ablehnung sämtlicher von den Sozialdemokraten und von den Freisinnigen gestellten Anträge. Die Regierungsvorlage wurde mit 11 gegen 8 Stimmen angenommen. Mit dem Nationalliberalen und dem Zentrum stimmte schließlich auch die Fortschrittspartei dafür, also für die Ermächtigung des Bundesrats, die Zollleichterungen bis zum 31. März 1914 weiter zu gewähren. Die Erörterung drehte sich größtenteils um die Frage der Futtermittel. Von nationalliberaler Seite wurde betont, daß der Anfall der Futtermittelzölle durchaus nicht die Verminderung der Produktionskosten für den Landwirt bedeuten würde, während seitens der Fortschritter gerade darauf, das Hauptgewicht gelegt wurde. Von Seiten des Zentrums wurde besonderer Nachdruck auf die Notwendigkeit des Zusammenarbeitens von Stadt und

Land gelegt. Die Zollleichterungen bei der Fleischerei. Berlin. (Priv.-Tel.) Die Reichstagskommission für den Gesetzesentwurf über Zollleichterungen bei der Fleischerei führte heute ihre Beratungen zu Ende. Das Ergebnis war die Ablehnung sämtlicher von den Sozialdemokraten und von den Freisinnigen gestellten Anträge. Die Regierungsvorlage wurde mit 11 gegen 8 Stimmen angenommen. Mit dem Nationalliberalen und dem Zentrum stimmte schließlich auch die Fortschritts-Partei dafür, also für die Ermächtigung des Bundesrats, die Zollleichterungen bis zum 31. März 1914 weiter zu gewähren. Die Erörterung drehte sich größtenteils um die Frage der Futtermittel. Von nationalliberaler Seite wurde betont, daß der Anfall der Futtermittelzölle durchaus nicht die Verminderung der Produktionskosten für den Landwirt bedeuten würde, während seitens der Fortschritter gerade darauf, das Hauptgewicht gelegt wurde. Von Seiten des Zentrums wurde besonderer Nachdruck auf die Notwendigkeit des Zusammenarbeitens von Stadt und

Land gelegt. Die Zollleichterungen bei der Fleischerei.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Reichstagskommission für den Gesetzesentwurf über Zollleichterungen bei der Fleischerei führte heute ihre Beratungen zu Ende. Das Ergebnis war die Ablehnung sämtlicher von den Sozialdemokraten und von den Freisinnigen gestellten Anträge. Die Regierungsvorlage wurde mit 11 gegen 8 Stimmen angenommen. Mit dem Nationalliberalen und dem Zentrum stimmte schließlich auch die Fortschritts-Partei dafür, also für die Ermächtigung des Bundesrats, die Zollleichterungen bis zum 31. März 1914 weiter zu gewähren. Die Erörterung drehte sich größtenteils um die Frage der Futtermittel. Von nationalliberaler Seite wurde betont, daß der Anfall der Futtermittelzölle durchaus nicht die Verminderung der Produktionskosten für den Landwirt bedeuten würde, während seitens der Fortschritter gerade darauf, das Hauptgewicht gelegt wurde. Von Seiten des Zentrums wurde besonderer Nachdruck auf die Notwendigkeit des Zusammenarbeitens von Stadt und

Land gelegt. Die Zollleichterungen bei der Fleischerei.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Reichstagskommission für den Gesetzesentwurf über Zollleichterungen bei der Fleischerei führte heute ihre Beratungen zu Ende. Das Ergebnis war die Ablehnung sämtlicher von den Sozialdemokraten und von den Freisinnigen gestellten Anträge. Die Regierungsvorlage wurde mit 11 gegen 8 Stimmen angenommen. Mit dem Nationalliberalen und dem Zentrum stimmte schließlich auch die Fortschritts-Partei dafür, also für die Ermächtigung des Bundesrats, die Zollleichterungen bis zum 31. März 1914 weiter zu gewähren. Die Erörterung drehte sich größtenteils um die Frage der Futtermittel. Von nationalliberaler Seite wurde betont, daß der Anfall der Futtermittelzölle durchaus nicht die Verminderung der Produktionskosten für den Landwirt bedeuten würde, während seitens der Fortschritter gerade darauf, das Hauptgewicht gelegt wurde. Von Seiten des Zentrums wurde besonderer Nachdruck auf die Notwendigkeit des Zusammenarbeitens von Stadt und

Land gelegt. Die Zollleichterungen bei der Fleischerei.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Reichstagskommission für den Gesetzesentwurf über Zollleichterungen bei der Fleischerei führte heute ihre Beratungen zu Ende. Das Ergebnis war die Ablehnung sämtlicher von den Sozialdemokraten und von den Freisinnigen gestellten Anträge. Die Regierungsvorlage wurde mit 11 gegen 8 Stimmen angenommen. Mit dem Nationalliberalen und dem Zentrum stimmte schließlich auch die Fortschritts-Partei dafür, also für die Ermächtigung des Bundesrats, die Zollleichterungen bis zum 31. März 1914 weiter zu gewähren. Die Erörterung drehte sich größtenteils um die Frage der Futtermittel. Von nationalliberaler Seite wurde betont, daß der Anfall der Futtermittelzölle durchaus nicht die Verminderung der Produktionskosten für den Landwirt bedeuten würde, während seitens der Fortschritter gerade darauf, das Hauptgewicht gelegt wurde. Von Seiten des Zentrums wurde besonderer Nachdruck auf die Notwendigkeit des Zusammenarbeitens von Stadt und

Land gelegt. Die Zollleichterungen bei der Fleischerei.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Reichstagskommission für den Gesetzesentwurf über Zollleichterungen bei der Fleischerei führte heute ihre Beratungen zu Ende. Das Ergebnis war die Ablehnung sämtlicher von den Sozialdemokraten und von den Freisinnigen gestellten Anträge. Die Regierungsvorlage wurde mit 11 gegen 8 Stimmen angenommen. Mit dem Nationalliberalen und dem Zentrum stimmte schließlich auch die Fortschritts-Partei dafür, also für die Ermächtigung des Bundesrats, die Zollleichterungen bis zum 31. März 1914 weiter zu gewähren. Die Erörterung drehte sich größtenteils um die Frage der Futtermittel. Von nationalliberaler Seite wurde betont, daß der Anfall der Futtermittelzölle durchaus nicht die Verminderung der Produktionskosten für den Landwirt bedeuten würde, während seitens der Fortschritter gerade darauf, das Hauptgewicht gelegt wurde. Von Seiten des Zentrums wurde besonderer Nachdruck auf die Notwendigkeit des Zusammenarbeitens von Stadt und

Land gelegt. Die Zollleichterungen bei der Fleischerei.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Reichstagskommission für den Gesetzesentwurf über Zollleichterungen bei der Fleischerei führte heute ihre Beratungen zu Ende. Das Ergebnis war die Ablehnung sämtlicher von den Sozialdemokraten und von den Freisinnigen gestellten Anträge. Die Regierungsvorlage wurde mit 11 gegen 8 Stimmen angenommen. Mit dem Nationalliberalen und dem Zentrum stimmte schließlich auch die Fortschritts-Partei dafür, also für die Ermächtigung des Bundesrats, die Zollleichterungen bis zum 31. März 1914 weiter zu gewähren. Die Erörterung drehte sich größtenteils um die Frage der Futtermittel. Von nationalliberaler Seite wurde betont, daß der Anfall der Futtermittelzölle durchaus nicht die Verminderung der Produktionskosten für den Landwirt bedeuten würde, während seitens der Fortschritter gerade darauf, das Hauptgewicht gelegt wurde. Von Seiten des Zentrums wurde besonderer Nachdruck auf die Notwendigkeit des Zusammenarbeitens von Stadt und

Land gelegt. Die Zollleichterungen bei der Fleischerei.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Reichstagskommission für den Gesetzesentwurf über Zollleichterungen bei der Fleischerei führte heute ihre Beratungen zu Ende. Das Ergebnis war die Ablehnung sämtlicher von den Sozialdemokraten und von den Freisinnigen gestellten Anträge. Die Regierungsvorlage wurde mit 11 gegen 8 Stimmen angenommen. Mit dem Nationalliberalen und dem Zentrum stimmte schließlich auch die Fortschritts-Partei dafür, also für die Ermächtigung des Bundesrats, die Zollleichterungen bis zum 31. März 1914 weiter zu gewähren. Die Erörterung drehte sich größtenteils um die Frage der Futtermittel. Von nationalliberaler Seite wurde betont, daß der Anfall der Futtermittelzölle durchaus nicht die Verminderung der Produktionskosten für den Landwirt bedeuten würde, während seitens der Fortschritter gerade darauf, das Hauptgewicht gelegt wurde. Von Seiten des Zentrums wurde besonderer Nachdruck auf die Notwendigkeit des Zusammenarbeitens von Stadt und

Land gelegt. Die Zollleichterungen bei der Fleischerei.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Reichstagskommission für den Gesetzesentwurf über Zollleichterungen bei der Fleischerei führte heute ihre Beratungen zu Ende. Das Ergebnis war die Ablehnung sämtlicher von den Sozialdemokraten und von den Freisinnigen gestellten Anträge. Die Regierungsvorlage wurde mit 11 gegen 8 Stimmen angenommen. Mit dem Nationalliberalen und dem Zentrum stimmte schließlich auch die Fortschritts-Partei dafür, also für die Ermächtigung des Bundesrats, die Zollleichterungen bis zum 31. März 1914 weiter zu gewähren. Die Erörterung drehte sich größtenteils um die Frage der Futtermittel. Von nationalliberaler Seite wurde betont, daß der Anfall der Futtermittelzölle durchaus nicht die Verminderung der Produktionskosten für den Landwirt bedeuten würde, während seitens der Fortschritter gerade darauf, das Hauptgewicht gelegt wurde. Von Seiten des Zentrums wurde besonderer Nachdruck auf die Notwendigkeit des Zusammenarbeitens von Stadt und

Land gelegt. Die Zollleichterungen bei der Fleischerei.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Reichstagskommission für den Gesetzesentwurf über Zollleichterungen bei der Fleischerei führte heute ihre Beratungen zu Ende. Das Ergebnis war die Ablehnung sämtlicher von den Sozialdemokraten und von den Freisinnigen gestellten Anträge. Die Regierungsvorlage wurde mit 11 gegen 8 Stimmen angenommen. Mit dem Nationalliberalen und dem Zentrum stimmte schließlich auch die Fortschritts-Partei dafür, also für die Ermächtigung des Bundesrats, die Zollleichterungen bis zum 31. März 1914 weiter zu gewähren. Die Erörterung drehte sich größtenteils um die Frage der Futtermittel. Von nationalliberaler Seite wurde betont, daß der Anfall der Futtermittelzölle durchaus nicht die Verminderung der Produktionskosten für den Landwirt bedeuten würde, während seitens der Fortschritter gerade darauf, das Hauptgewicht gelegt wurde. Von Seiten des Zentrums wurde besonderer Nachdruck auf die Notwendigkeit des Zusammenarbeitens von Stadt und

Land gelegt. Die Zollleichterungen bei der Fleischerei.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Reichstagskommission für den Gesetzesentwurf über Zoll